



Nr. 286. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 22. Juni 1878.

Deutschland.

Berlin, 21. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem bisherigen Landrat des Kreises Colberg-Cörlin, Rittergutsbesitzer von Schröder auf Lübeck, den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Ober-Warmer, Superintendenten und Kreis-Schulinspektor Camper zu Markissa, im Kreise Lauban, den Roten Adlerorden vierter Klasse; dem Oberstleutnant z. D. von Dittmar zu Berlin den Königlichen Kronenorden dritter Klasse; dem Stadt-Hauptmeister Böddinghaus zu Elberfeld den Königlichen Kronenorden vierter Klasse; sowie dem Gemeindeschreiber Hansen zu Moritzburg, im Kreise Torgau, und dem pensionierten Chaussee-Aufseher Weßke zu Kloster Neuendorf, im Kreise Gardlegen das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des Reiches den Consul Dr. Gräser in Port-au-Prince zugleich zum Consul für die dominikanische Republik ernannt.

Die Kaiserlichen Consular-Amter in Santamarta und Riohacha (Columbië) sind eingezogen.

Der ordentliche Lehrer Nordmeyer an der Realschule zweiter Ordnung in Magdeburg ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt befördert worden.

Berlin, 21. Juni. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing heute den Besuch Sr. Hohes des Erbprinzen von Hohenlohe und geleitete denselben zu Sr. Majestät dem Kaiser und König.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Mittag die Vorträge des Kriegsministers und des General-Majors von Albedyll entgegen. — Nachmittags um 3½ Uhr begaben sich die höchsten Herrschaften nach Potsdam, wo um 6 Uhr im Neuen Palais ein Diner von 50 Gedecken stattfand. Zu derselben hatten die Congreßbevollmächtigten Russlands und Österreichs mit ihren Gefolgen, sowie die Sparten der Civil- und Militärbehörden von Potsdam Einladungen erhalten. (Reichstag.)

= Berlin, 21. Juni. [Vom Congreß. — Bundesratssitzung. — Prozeß Hödel.] Die Congreßsitzung, welche ursprünglich heute stattfinden sollte, ist nun erst auf morgen anberaumt worden, weil man die Vorberatungen über die bulgarische Frage weiter zu fördern denkt. Diese Vorberatung beschäftigt seit den letzten Tagen gewissermaßen einen Sonderausschuss, welcher aus dem Fürsten Gortschakoff, dem Grafen Schwaloff und dem Grafen Andraß besteht. Zu den Conferenzen dieser Herren sind in den letzten Tagen vielfach russische und österreichische Militärs hinzugezogen worden, da man sich hauptsächlich mit Grenzregulierungen beschäftigt. Bezüglich Nord-Bulgariens scheint man zu einer Verständigung gelangt zu sein, während hinsichtlich des südlichen Bulgariens die Garantiefrage, d. h. die Gewährung von türkischen Garnisonen, Schwierigkeiten macht, da Russland Bedenken trägt, derartigen Forderungen zu entsprechen.

Man weiß es der Leitung des Congresses allgemein lebhaft Dank, daß sie die bulgarische Frage in den Vordergrund der Debatten gestellt hat; denn darüber herrscht kein Zweifel, daß mit einer Vereinbarung über diese Frage die Hauptschwierigkeit des Congresses gelöst sein wird. — Die hier anwesenden Delegirten der Alliance Israélite aus Europa und Amerika haben sich an den Congress gewandt, um denselben für die Gleichberechtigung aller Gute auf der Balkanhalbinsel und insbesondere bezüglich des unglücklichen Loses der Juden in Rumänien zu interessiren, indem sie in einer Denkschrift nachweisen, daß die jetzige bedauerliche Ausniedrigung der letzteren in direktem Widerspruch steht mit dem Pariser Vertrag von 1856 und der Convention von 1858, dem Staatsgrundgesetz der Moldau-Wallachei. Die Juden in Rumänien wurden als Fremde erklärt und ihnen das Recht der Niederlassung in den Landesgemeinden, des Grunderwerbs und die Ausübung gewisser Gewerbe entzogen. „So — heißt es in der Denkschrift weiter — vollständig heimathlos geworden, von den Gesetzen des Landes verleugnet, der Willkür der Verachtung und der unbestraften Verachtung Preis gegeben, von der Presse mit Kränkungen und Verunglimpfungen überflutet, konnte es nicht fehlen, daß die israelitische Bevölkerung die rohen Leidenschaften der Massen gegen sich ausgewöhlt sah, die zu jenen fast alljährlich wiederholten Judenhetzen führten, welchen die ganze civilistische Welt mit Entrüstung gegenübersteht. Nichtsdestoweniger sind dabei die einzelnen Juden gleichwohl zu allen Lasten und zum Militärdienst herangezogen worden.“ — Im Weiteren wird ausgeführt, daß bisher die europäischen Cabinets dagegen erfolglos protestirt haben.

„Die rumänische Diplomatie versuchte sogar die Sanction Europas für die Ausnahmegesetze dadurch zu erlangen, daß sie den Mähdien den Abschluß von Handelsverträgen antrug, durch welche diese die Ausweitung der Restrictionsgezege an ihre eigenen jüdischen Angehörigen, welche in Rumänien leben, anerkennen sollten.“ Der Berliner Congress wird angerufen, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Der Congress heißt es, wird ferner die Rechte der in Rumänien lebenden Fremden, das heißt der Angehörigen der fremden Staaten besser zu definiren und zu gewährleisten haben, zumal wenn etwa durch die Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens die Consular-Jurisdiction dasselbe ganz aufgehoben werden sollte. — Die Delegirten haben hier bei sämmtlichen Congressmitgliedern eine überaus zuvor kommende Aufnahme gefunden und die Versicherung erhalten, daß der Congress die Judenfrage im Sinne der Denkschrift für Rumänien und, wie man hofft, auch für das neue Bulgarien zum Austrag bringen werde. — Das „Berliner Tageblatt“, welches es bisher vorbehalt war, die gesamte europäische Presse durch seine Mittheilungen über den Congress in den Schatten zu stellen, bringt an der Spitze seines Blattes eine „Meldung von ganz besonderer Tragweite“, wonach der russische Botschafter in Berlin nach Petersburg abgereist ist, um seinem Souverän in der Distanzfrage persönlich Bericht zu erstatten. Nach einer Depesche desselben Blattes aus Königsberg hätte Herr von Dubril am Mittwoch Nachmittag jene Stadt auf der Reise nach Petersburg bereits passirt. Dem Botschafter müssen ganz besondere Verkehrsmittel zu Gebote stehen, da er gestern, Donnerstag, Nachmittag, in Wirklichkeit in der Lage war, dem Diner der königlichen Herrschaften im Neuen Palais beiwohnen. In Wahrheit hat der Botschafter Berlin nicht verlassen, abgesehen von der Fahrt nach Potsdam, von welcher er wohl behalten zurückgekehrt ist. Das sind die „hochbedeutungsvollen“ Nachrichten des „Berliner Tageblattes.“ — Der Bundesrat hielt heute Nachmittag 1 Uhr eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann und erledigte eine Anzahl laufender Geschäfte. An Vorlagen wurden in Gemäßheit der Ausschussertheit angenommen: die Rechtsanwalts-Ordnung nach den Reichstags-Be schlüssen, der Entwurf zur Bekämpfung des Viehherrnsgangs an den Grenzen gegen Russland und Österreich und die Entwürfe für Elsaß-

Lothringen über die Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes, über die Zwangsbeteiligung; über die Kreise, die Kreisstrafen u. c. und die Unterhaltung der öffentlichen Schulen. — Am 8. und 9. Juli d. J. wird vor dem Staatgerichtshof hieros im Gebäude des Kammergerichts der Prozeß wider den Klempnergesellen Hödel aus Leipzig wegen des Mordversuchs auf Se. Majestät den Kaiser am 11. Mai dieses Jahres beginnen. Achtunddreißig Zeugen sind vorgeladen. Dem Gerichtshofe wird wahrscheinlich der Kammergerichtsrath Steinhausen präsidiert und das öffentliche Ministerium durch den Oberstaatsanwalt von Luck vertreten werden. Jedenfalls wird dem Verbrecher ein Officialverteidiger zur Seite stehen, dessen Name noch nicht bekannt ist. Man vermutet, daß die Offenlichkeit der Verhandlung ausgeschlossen, den Berichterstattern der Zeitungen jedoch der Zutritt gewährt werden wird.

■ Berlin, 21. Juni. [Vom Congreß. — Griechische Ansprüche. — Fürst Bismarck und die Nationalliberalen. — Die Conservativen in Halle. — Gneist und Treitschke. — Conservative Agitation. — Dr. Marx Hirsch. — Badereise des russischen Kaisers. — Oberlandesgericht in Hamburg.] Am Mittwoch war es noch zweifelhaft geblieben, an welchem Tage der Congreß sich wieder zu einer Sitzung versammeln wird. Heute ist es indessen sicher, daß morgen die vierte stattfindet; die Einladungen sind bereits ergangen. In Betracht der Vorbereitungen zu dieser Sitzung sind die türkischen Bevollmächtigten sehr beschäftigt, durch eigene Studien auf der Karte und dementsprechende Grenzberichtigungen dem südlichen Abschluß Bulgariens eine für sie befriedigende Gestaltung zu geben. Die Überzeugung ist jetzt allgemein, daß der Congreß nicht in der ursprünglich in Aussicht genommenen Zeit — etwa 4 Wochen vom 13. Juni ab — seine Arbeiten vollenden könne. Es ist deshalb der Gedanke aufgetaucht, nach kurzer Frist eine vierzehntägige Pause eintreten zu lassen, damit die Congreß-Bevollmächtigten Gelegenheit haben, mit den übrigen maßgebenden Faktoren ihrer respectiven Staatsregierungen in persönlichen und mündlichen Verkehr zu treten, und wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir annehmen, daß dieser Vorschlag zur Ausführung gelangen wird. — Es bestätigt sich die Meldung, daß auf besonderes Befehl von England die Mehrheit der Mächte sich dahin entschieden hat, daß die griechischen Delegirten mit berathender Stimme am Congreß teilnehmen könnten. Ein fernerer Beschluss in dieser Beziehung wird in einer der nächsten Sitzungen erwartet. Von der Türkei haben die Griechen, soviel steht fest, auch nicht das mindeste Entgegenkommen zu erwarten; die Bevollmächtigten der hohen Pforte behandeln die bezüglichen griechischen Ansprüche als in ihrer Mässigkeit gar nicht ernsthaft gemeint. — Die „Nordb. Allg. Zeitung“ bringt heute einen Artikel, welcher der Inspiration des Reichskanzlers (?) zugeschrieben wird und nicht verschwiegen darf, innerhalb der liberalen Parteien Sensation hervorzurufen. Dieselbe befähigt die Ansprüche der Nationalliberalen, an der Staatsleitung Theil zu nehmen und erblickt in einem Artikel der „Nat.-Ztg.“ die volle Kriegserklärung der Partei gegen den Reichskanzler. Das gouvernementale Organ schließt den fulminanten Artikel mit der Behauptung, daß die Nationalliberalen durch ihre Präsidenten dem Reichskanzler den Handschuh hingeworfen und daß diesem nichts Anderes übrig bleibt, als denselben aufzunehmen. „Der Wahlkampf“, sagt die „Nordb. Allg. Ztg.“, „wird sich dann zu der Frage zuspielen, ob Fürst Bismarck oder Herr v. Bemmisch Reichskanzler sein soll.“ Diese Auffassung der Lage bestätigt nur, was seit dem Schlusse und der Auflösung des Reichstages wiederholt aus der Umgebung des Reichskanzlers über dessen Intentionen betreffs der Bildung einer ministeriellen Partei verlautet. Wir glauben zu wissen, daß die Führer der Nationalliberalen sich dessen vollständig bewußt sind und auf Grund der eingehenden Berichte aus allen Teilen Deutschlands in der Lage sind, über das feste Zusammenhalten des Großes der Parteien auf Grund des Wahlprogramms die verlässlichsten Bürgschaften zu besitzen. — Von einem Führer der liberalen Parteien in Halle erhalten wir folgende Buzchrift: „Es ist wenig erbaulich, zu sehen, wie in unserem Wahlkreise die conservativen Gestaltung, die seit 1866 latent gewesen ist, sich breit macht und aus allen Ecken und Winkeln hervorkriecht. Dieselben Leute, die bisher stillgeschwiegen, oder der Zeitschriften zu Liebe selbst liberal gewählt haben, sie alle schreien jetzt: „nieder mit dem Liberalismus, nur die liberale Partei hat die Socialdemokratie großgezogen! Nur in Einem ist noch Heil, in der unbedingten Hingabe an die Regierung!““ Wozu überhaupt denn noch wählen, wo ja noch ein Parlament? — Wer hat denn bei den zwei letzten Wahlen die Socialdemokratie mit der äußersten Energie bekämpft. Wer ist in die Landstädte, auf die Dörfer gezogen, Tag für Tag, um in jeder sozialdemokratischen Versammlung Vernunft zu predigen, selbst auf die Gefahr körperlicher Misshandlung? Sind es die Conservativen gewesen? Man erhöhet in die Seele dieser Phänsler hinein, wenn sie sich untersagen, die gemäßigt aber wahrhaft Liberalen für die heutigen Zustände verantwortlich zu machen. Wenn in einzelnen Präfekturen die 1848er als „Demokraten“ nachdrücklich der öffentlichen Meinung denuncirt werden; wenn selbst ehrenhafte, aber schwache Männer der seit 30 Jahren von ihnen verehrten Fahne abschwören; wenn Abenteuerern, deren Wortgeklängel nicht einmal im Feuilleton eines Wochenblättchens mehr Stütze fand, in früher liberalen Zeitungen an hervorragender Stelle das Wort gegönnt wird, Alles das könnte an einem glücklichen Resultat der nächsten Wahlen verzweifeln lassen. Aber der gesunde Sinn der Wähler bricht schon durch, der ersten so sehr gerechtsame Beurteilung folgt heute schon Nähe und Überlegung. Die Programme der Centralcomites der Nationalliberalen und Fortschrittpartei sind in dieser Beziehung von größtem Nutzen gewesen.“ — Ein Theil des sogenannten rechten Flügels der nationalliberalen Partei ist jetzt wirklich — wie man zu sagen pflegt — abgesprengt; die Abgeordneten Dr. Gneist und Dr. v. Treitschke haben ihren Ausstieg aus der Fraktion erklärt. Die zurückbleibende Mehrheit und besonders die anerkannten Führer derselben sind der Ansicht, daß diese Separation nur von den günstigsten Folgen für die fernere Lebensfähigkeit der Partei sein und eine innerliche Kräftigung der letzteren herbeiführen könnte. Das Band, welches beide noch mit der Fraktion verknüpft, war eigentlich längst zerschnitten; nach den Abstimmungen beiden bei dem Attentatsgesetz mußte man erwarten, daß sie ausscheiden würden. Herr von Treitschke hatte außerdem in den die freiere Entwicklung der pro-

testantischen Kirche betreffenden Fragen einen eigenhümlichen Standpunkt eingenommen. — Die Wahlbewegung treibt hier in Berlin wunderliche Blüthen. Ein conservativer Centralverein für die Hauptstadt, der sich vor einiger Zeit gebildet hat, hat sich gestern durch Wahl eines Vorstandes erst recht constituiert. Dabei ist denn ausgesprochen worden, daß Juden ausdrücklich von der Theilnahme ausgeschlossen seien, weil von ihnen keine aufrichtig conservative Gestaltung erwartet werden könnte. Zwei Redacteure der „Post“, die gegen eine Verbindung mit der christlich-socialem Partei sprechen wollten, wurden von der Versammlung, in der viele geistliche Herren das Wort führten, vollständig niedergeschrieben. — Aus dem Central-Wahlbureau der Nationalliberalen wird uns berichtet, daß die Partei beschlossen hat, für die Candidaten der Fortschrittpartei in sämmtlichen Berliner Wahlkreisen zu stimmen, und insbesondere mit der Candidatur des Dr. Max Hirsch im 1. Wahlkreis vollständig einverstanden ist. Hierach ist die Wiederwahl des Dr. Hirsch entgegen anderweitigen Mittheilungen vollkommen gesichert, da Fortschritt und Nationalliberalen zusammen circa fünf Sechstel der Stimmen repräsentieren. Bekanntlich leitet Dr. Hirsch als Anwalt der Gewerbevereine eine namhafte Zahl von Arbeitern, die als entschiedenste Gegner der Socialisten von diesen am meisten gefürchtet und gehaßt werden. — Die Reise des Kaisers Alexander nach Ems ist durch die Krankheit der Kaiserin aufgehoben worden. Seitdem sich jedoch das Befinden der hohen Patientin besserte, wird die Baderede nur noch von dem Abschluß der Congreßarbeiten abhängig gemacht. Verschließen sich dieselben, wie allerdings von einigen Seiten behauptet wird, so dürfte die Reise vollständig unterbleiben und die kaiserliche Familie werde sich nach Livadia begeben. — Es bestreitet hier, daß in der Preußischen Bürgerschaft vorgestern — allerdings gegen eine sehr ansehnliche Minorität — die Errichtung eines gemeinschaftlichen Oberlandesgerichts für die drei Hansestädte mit dem Sitz in Hamburg beschlossen worden ist.

△ Berlin, 21. Juni. [Die Candidatur Delbrück.] Die interessanteste Notiz auf dem Gebiete der Wahlnachrichten, ist unstrittig, daß im 3. Weimarer Wahlkreise Minister Delbrück als Candidat der Nationalliberalen und gemäßigt Conservativen aufgestellt sei. Eine Ausstellung von diesen Parteien würde die Wahl vollkommen sichern; denn rechts und links von Ihnen gibt es außer einem Häufchen von Socialdemokraten dort keine Parteien. Schon seit der Auflösung verlangte es ziemlich glaubhaft, Delbrück werde ein Mandat zum Reichstag annehmen, um nicht länger schweigend zu dulden, daß das von ihm in einer langen ehren- und arbeitsvollen Beamtenlaufbahn mit glänzendem Erfolge durchgeführte Wirtschaftssystem von demselben Manne, dessen Ruhm zu erhöhen es beitrug, als schädlich und verderblich geschildert werde. Delbrück ist kein Politiker; er hat sich niemals zu einer politischen Partei bekannt, er war ein freimüthiger conservativer Beamter der alten guten preußischen Art. Und doch würde sein Eintritt in den Reichstag und seine Opposition in Zoll- und Steuerfragen einen neuen Fortschritt in der constitutionellen Entwicklung des Reiches bedeuten. Bisher ging in Preußen wie im Reich fast jeder bestellte Minister stillschweigend in den Ruhestand und ließ alle Angriffe ruhig über sich ergehen, möchten sie von früheren Collegen oder von den ihm opponirenden parlamentarischen Parteien ausgehen. Die Ausnahme des Grafen Schwerin kann kaum in Betracht kommen, denn dieser behandelte das ihm nachfolgende Ministerium, zu dem ja mehrere seiner früheren Collegen gehörten, mit größter Zartheit und nichts weniger als oppositionell. Eher könnte man eine Art constitutionelle Ausnahme in dem edlen Grafen zur Lippe suchen, dem preußischen Justizminister vor Leonhardt. Lippe erging sich im Herrenhause in heftiger Opposition gegen den ihm zu liberal gewordenen Bismarck, Graf Lippe ist übrigens zu unbedeutend und das Herrenhaus nur ein Schmollwinkel, Graf Lippe's Opposition gegen Bismarck war niemals ohne komischen Beigeschmac. Somit ist auch in Preußen ein Fall nicht vorgekommen, wo ein entlassener Minister sich zum Abgeordneten wählen läßt, um gegen seinen Nachfolger sein System zu vertheidigen. Wenn dies ein bedeutender Staatsmann ist, der so wie Rudolf Delbrück jedem Unfrieden und Streit abhold ist und mit vollem Begehr seine Muße ernste Lieblingsstudien widmet, so ist freilich anzunehmen, daß auch nach seiner Meinung das Deutsche Reich in eine gefährliche Bahn voll Klippen und Untiefen gerathen ist und daß jeder gute Patriot Alles einzusezen hat, es wieder in das ruhige und sichere Fahrwasser zu bringen. Delbrück ist vor 2 Jahren zwar „aus Gesundheitsrücksichten“ ausgeschieden, aber der 61jährige erfreut sich jetzt einer glänzenden Gesundheit.

○ Berlin, 21. Juni. [Ergänzungswahl im Kreise Tondern. — Attentate und Socialdemokraten. — Handels- und Schiffahrt-Bericht zwischen Belgien und Italien.] Die Wahl des Rechtsanwalts beim Obertribunal Johansen, bei einer Ergänzungswahl zum Abgeordnetenhaus im Wahlkreise Tondern in Schleswig gibt einen deutlichen Beweis, wie sehr die Stimmung in den Elbherrschäumen sich zu Gunsten der neuen Verhältnisse verändert hat. Johansen war einer der ersten Gegner der Augustenburgischen Partei. Während die Losreiseung von Dänemark auf das Kraftigste erachtet wurde, war er fast der Erste, der für die Vereinigung mit Preußen eintrat. Dies hat ihm lange den Haß der Augustenburgischen Partei zugezogen, während seine gouvernemantalen Grundsätze ihn ebenso unbeliebt bei der Demokratie machte. Wenn jetzt eine Wahl zum Abgeordnetenhaus auf ihn gefallen, so zeigt das, daß grade in den Herzogthümern die national-gouvernementale Partei, welche sich in den Jahren 1864 und 1865 dort gebildet hatte, an Boden und Einfluß gewonnen hat. — Die „Berl. Fr. Presse“ hat bekanntlich jeden Zusammenhang der Attentate mit den Socialdemokraten geleugnet. In ihrer gestrigen Nummer sucht sie die Bestrafungen der Majestätsbeleidigungen in allen den Fällen als juristisch fehlerhaft darzustellen, in welchen nicht ein direct belegendes Wort gebraucht worden ist. Wenn also jemand sein Bedauern über das Mißlingen des Attentats ausdrückt, so ist dies der „Berl. Fr. Presse“ zufolge eine juristisch straflose Neußerung, weil sie keine Beschimpfung enthält, vielmehr nach der „Berl. Fr. Presse“ eine Achtungs-Erkärtung, sofern sie auf die Wichtigkeit der Person Nachdruck lege! Es wäre über dergleichen kein Wort zu verlieren, wenn es nicht ein starkes Beispiel wäre der schamlosen Art, in welcher die

sozialdemokratischen Blätter die Vorstellungen ihrer Leser aktivieren. Während jeder halbwegs Einsichtige über eine solche Beweisführung mitleidig lächelt, wird den Lesern der „Berl. Fr. Pr.“ die Meinung beigebracht, daß die Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung höchst ungerecht sind, selbst vom Standpunkt des bestehenden Rechts aus. Der Artikel schließt: „Der großer Theil der Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung ist krieg und juristisch unhaltbar, und nur durch die Ausregung zu erklären, in die auch unserer Richter in Folge des 2. Junkt gerathen sind.“ — Durch eine Declaration, datirt Rom, den 29. Mai 1878, ist der Handels- und Schiffsvertrag zwischen Belgien und Italien vom 9. April 1863, dessen Wirksamkeit mit dem 31. Mai d. J. erloschen sollte, um einen Monat verlängert worden. Zwischen Italien und Griechenland ist ein Handels- und Schiffsvertrag geschlossen worden auf 10 Jahre, vom 16. Mai d. J. bis zum 16. Mai 1888.

[Einberufung des Reichstages.] Die „Kreuzzeitung“ meldet: Wie uns von beachtenswerther Seite mitgetheilt wird, beabsichtigt die Regierung den neu gewählten Reichstag für die ersten Tage des Septembers einzuberufen.

[Candidatur des Dr. Delbrück.] Der Nachricht, daß die nationalliberale Partei im dritten weimarschen Wahlkreise den Staatsminister Dr. Delbrück als Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt hat, ist hinzuzufügen, daß der bisherige Vertreter des Wahlkreises, der nationalliberale Abgeordnete Dr. Slevogt, freiwillig zu Gunsten des hervorragenden Staatsmannes verzichtet hat.

[Wo zu eine neue Mittelpartei?] Die Frage stellt die „N. L. C.“ und erläutert dieselbe u. A. wie folgt: Wir stehen in dem wunderlichen Wahlkampfe, den Deutschland je gesehen hat. Wenn eine politische Partei in kritischer Zeit eine Kundgebung erlässt, was ist natürlicher, als daß sie versichern, auch in Zukunft ihren bisherigen Grundsätzen treuen bleiben zu wollen? Wodurch anders wird denn das Fortbestehen einer Partei bedingt, als durch die Continuität der Grundsätze und Bestrebungen? Wie hätte eine Partei überhaupt noch Existenzberechtigung, wenn sie diese Grundsätze aufgäbe? Und doch ist es gerade jene Versicherung, die an dem nationalliberalen Wahlauftrufe am bestigsten angefeindet wird! Man scheint wirklich geglaubt zu haben, die nationalliberale Partei solle einen Selbstmord begehen, und rast ihr jetzt entrüstet zu: „Wollt ihr denn ewig leben?“ — Wir können über diese Frage um so ruhiger sprechen, als wir für die nationalliberale Partei niemals eine unbegrenzte Dauer in Anspruch genommen haben. Wenn die Verfassungen der Staaten dem Wandel unterworfen sind, wie vielmehr die Parteien! Die nationalliberale Partei zumal ist recht eigenlich der Ausdruck eines Übergangszustandes. Schon ihr Name deutet das an. In einem normal ausgebauten und bestätigten Staatswesen würde die ausdrückliche Bezeichnung „national“ zum mindesten überflüssig sein. Die Aufgabe der nationalliberalen Partei war, in einer außerordentlichen Zeit, nachdem alle Versuche einer staatlichen Einigung des deutschen Volkes auf friedlichem Wege gescheitert waren, die gewaltsame Neugestaltung von 1866 mit den alten nationalen Bestrebungen des freimaurischen Bürgerthums zu verböhnen, sie durch die freudige Mitwirkung des Volles zu stärken. Das Verdienst der nationalliberalen Partei in dieser Richtung ist eine historische Tatsache, die keine Entstellung, keine Verleumdung verdunkeln wird. Aber darf diese Aufgabe etwa als beendigt betrachtet werden? Sehen wir nicht vielmehr noch heute Feinde unseres jungen nationalen Gemeinwesens ringsum? — Statt dessen wird der Kampf von Seiten der Regierung — darüber ist nach den neuesten Auslassungen ihres anerkannten Pres.-Organs kein Zweifel mehr — in erster Linie gerichtet gegen den Bestand der nationalliberalen Partei, und zugleich erhebt sich der Ruf nach einer „neuen Mittelpartei“. Was soll und was kann eine solche neue Partei leisten? (Es folgen nun bezügliche Ausführungen an deren Schlusse es heißt): Nein, lasse man doch das Spiel mit Worten! Die von der Regierung erstrebte Lösung des Rätsels der Lage ist nichts, als die bedingungslose Gouvernementale Partei. Habe man nur den Mut, die Frage zu stellen — und wir sind über die Antwort des deutschen Volles nicht zweifelhaft.

[Der Wahlauftruf der Deutschen Reichspartei] ist uns gestern Abend in telegraphischem Auszuge übermittelt worden. Wir bringen heute dessen Wortlaut:

Wenn die Deutsche Reichspartei sich Angehöriger der bevorstehenden Reichswahlen an das Deutsche Volk wendet, so glaubt sie auf ihre Haltung in der jüngsten Legislaturperiode nicht ohne Genugthuung hinweisen zu dürfen.

Sie ist bereit gewesen, der Reichsregierung die Vollmachten zu gewähren, welche dieselbe in Anspruch nahm, um den Ausschreitungen der Socialdemokratie entgegenzutreten. Um so mehr hält sie es nach den unerhörten Frevelthaten der letzten Zeit für ihre Pflicht, die Grundlagen unseres gesellschaftlichen und staatlichen Lebens — Religion, Monarchie, Familie, Eigenthum — den gesammten durch eine Jahrhunderte lange Arbeit der Nation erworbenen Bestand an Cultur und Gesittung zu wahren gegen den schmachvollen Angriff der Röheit und Verwilderung.

Für die Bekämpfung einer Partei, welche sich selbst in ihrer gesammten Tendenz außerhalb unserer gesellschaftlichen Ordnung stellt, reichen außerordentliche Vollmachten hin und verdienen den Vorzug vor einer allgemeinen Beschränkung der bürgerlichen Freiheit des deutschen Volles.

In dieser Überzeugung werden wir auch ferner jeden verständigen Fortschritt auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu fördern suchen. Wir werden, wie wir es bisher gethan haben, auch in Zukunft danach streben, die Entwicklung unseres Staatswesens eben sowohl vor der Reaction, wie vor einem überstürzenden Radicalismus zu bewahren.

Wie wir bei der stattgehabten Revision der Gewerbeordnung bemüht gewesen sind, herborgetretene Missstände zu beseitigen und ein befriedigendes Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Interesse einer geordneten Entwicklung des gewerblichen Lebens herzustellen, so werden wir auch künftig fortfahren, in diesem Sinne zu Verbesserungen der Gewerbe-Gesetzgebung mitzumachen, soweit ein Bedürfnis sich zeigen wird.

Wir wünschen die guten Traditionen der Handelspolitik des deutschen Volkvereins festzuhalten und die Solidarität geregt zu sezen nach dem Maße der zunehmenden Kräftigung der deutschen Gewerbetätigkeit und des vertragsmäßigen Entgegenkommens der Nachbarstaaten.

Wir halten fest an dem bisher von uns vertretenen Standpunkt, daß eine durchgreifende Reform unserer Steuergesetzgebung unerlässlich ist. Wir ersteilen die Selbstständigkeit des Reiches in seinen Finanzen, die Besteigung der die einzelnen Staaten bedrückenden Matrikularkasse und die Entlastung der Reichsbürgertum von direkten Steuern durch eine ausgiebige Benützung der indirekten Steuerquellen.

Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn die Reichsregierung und die Volksvertretung im gegenseitigen Vertrauen Hand in Hand gehen. Dann wird es auch nicht schwer sein, Bürgestalten dafür zu finden, daß das Volk nicht stärker mit Steuern belastet wird, als die Bereitstellung des Vaterlandes und die Erfüllung der Kulturaufgaben unserer Zeit es fordern.

Wir erwarten zuversichtlich, daß aus den Wahlen eine ansehnliche Mehrheit solcher Männer herborgeten wird, welche die Politik des leitenden Staatsmannes zu unterstützen gewillt sind, die unser Vaterland zu ungeahnter Höhe geführt und ihm die verdiente Achtung der Welt erworben hat.

Der Ausschuß der Deutschen Reichspartei.
Fest zu Hohenlohe-Langenburg. Dr. Negidi. Graf Betsch-Huc. Graf Frankenberg. Dr. Lucius. v. Kardorff. Krah. v. Schwarze. Stengel. Thilo. v. Gedigk-Neulrich.

[Der Wahlauftruf der Deutsch-Conservativen] von welchem uns der Telegraph bereits einen Auszug gebracht, hat nach der „N. A. Z.“ und „Kreuzzeitung“ folgenden Wortlaut:

Der Reichstag ist aufgelöst. Die bevorstehenden Wahlen liegen laut an das Gewissen des deutschen Volles mit der Frage, ob seine Vertreter noch länger den verbündeten Regierungen die Mittel versagen wollen, welche der leitende Staatsmann im Kampfe gegen die Socialdemokratie nicht glaubt entbehren zu können. Die deutsche conservative Partei stellt sich hierbei, getreu ihrem Verhalten im Reichstage, auch bei den bevorstehenden Wahlen offen auf die Seite der Reichsregierung. Sie ist bereit, der letzteren diejenigen besonderen Vollmachten anzuerufen, welche geeignet sind, den auf den Umsturz aller politischen und sozialen Ordnungen gerichteten Bestrebungen der socialdemokratischen Partei mit Erfolg entgegenzutreten.

Die deutsch-conservative Partei glaubt indes nicht, daß durch diese besonderen Vollmachten allein die Socialdemokratie dauernd überwunden werden kann — sie glaubt, daß alle erhaltenen Elemente des Staates sich

bereitstellen müssen, um die politischen und sozialen Ordnungen durch Sicherung und Neubelebung conservativ er Grundlagen uns zu bewahren.

Die erschütternden Ereignisse der letzten Wochen haben der Nation die Bedeutung des deutschen Kaiserthums und der monarchischen Institutionen in Reiche klar vor die Augen gerückt; die deutsch-conservative Partei will diese Institutionen in ihrer Machtstufe erhalten und gegen alle Gelüste verteidigen, welche dahin geben, die Autorität immer mehr durch die Herrschaft der Majorität zu ersehen.

Die deutsch-conservative Partei will zur Sicherung der nationalen Stellung Deutschlands die Erhaltung der deutschen Wehrkraft und wird allen Bestrebungen entgegentreten, welche auf Schwächung derselben gerichtet werden möchten. Die deutsch-conservative Partei erstrebt eine Besserung der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie glaubt, daß diese Besserung zu erreichen ist, wenn eines Teils auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens die natürlichen Arbeits- und Berufsgenossenschaften zu festeren Gliederungen vertrieben und Buch und Ordnung wieder in das Lehrlings- und Gewerbsleben gebracht werden, und wenn anderthalb auf dem Gebiete des industriellen und landwirtschaftlichen Betriebes durch eine weise Handelspolitik, wie sie dem alten Hollverein zu seiner Blüthe verhalfen, die Produktion des Landes vor immer weiterem Rückgang bewahrt wird. Eine solche Handelspolitik muß Hand in Hand gehen mit einer Steuerreform, welche durch eine Eröffnung ausgiebiger Quellen von indirekten Steuern eine Entlastung des Volles von direkten Steuern herbeiführt. Inwiefern und in welcher Form hierbei der Tabak als ein entsprechendes Steueroberstanz heranzuziehen ist, darüber werden die gesetzlich eingeleiteten Ermittlungen die ernsthafte Unterlage bieten.

Aber nicht wirtschaftliche und politische Schäden allein gilt es zu heilen, das spirituelle und religiöse Leben des Volles vor Allem muß gepflegt und gehoben, die Achtung vor der christlichen Kirche und ihren Dienern muß erhalten und die Erziehung der Jugend zu Frömmigkeit und Gottesfürcht gefördert werden.

Es sind schwere, hochbedeutende Aufgaben, deren Lösung von dem neuen Reichstage gefordert wird. Wir brauchen Vertreter, welche mit patriotischer

und einheitlichen Theorien sich leiten lassen.

Berlin, den 20. Juni 1878. Der Wahlverein der deutschen Conservativen.

[Ueber die vorstehenden beiden Wahlauftrüse der conservativen Parteien] äußert sich das Organ der nationalliberalen Partei wie folgt. Zwischen denselben springt ein überaus bezeichnender Gegensatz in's Auge. Beide erklären sich zur Gewährung von „außerordentlichen Vollmachten“ gegen die Socialdemokratie bereit; aber während die deutsche Reichspartei diese Vollmachten ausdrücklich als „für die Bekämpfung einer Partei, welche sich selbst in ihrer gesammten Tendenz außerhalb unserer gesellschaftlichen Ordnung stellt“, hinreichend“ bezeichnet, heißt es in dem Manifest der deutschconservativen Partei ausdrücklich: „die deutsch-conservative Partei glaubt indes nicht, daß durch diese besonderen Vollmachten allein die Socialdemokratie dauernd überwunden werden kann — sie glaubt, daß alle erhaltenen Elemente des Staates sich vereinigen müssen, unsere politischen und sozialen Ordnungen durch Sicherung und Neubelebung conservativer Grundlagen uns zu bewahren“. Das klingt sehr verständig, sehr mäßig — aber worauf es abzielt, zeigen die folgenden Ausführungen. Da wird zunächst erklärt, daß die deutschconservative Partei „die monarchischen Institutionen in ihrer Machtstufe erhalten und gegen alle Gelüste verteidigen will, welche dahin geben, die Autorität immer mehr durch die Herrschaft der Majorität zu ersehen.“ Die „monarchischen Institutionen“ sind in Deutschland, wenn man von der Socialdemokratie absieht, sicherlich niemals weniger bedroht gewesen, als in unserer Zeit. Es ist nur die alle Fundamentaltheorie unserer politischen Reaction, welche die Schüler Stahl's hier wieder zu Ehren bringen, die Theorie, daß Königthum und constitutionelle Staatsverfassung unvereinbare Gegensätze seien. Noch zu wohl haben wir diese Sprache aus den jüngster Jahren im Gedächtnis, als daß wir sie heute nicht verstehen sollten. Der Constitutionalismus, oder der Liberalismus, der denselben auf seine Fahne geschrieben — das allein ist die Wurzel alles Übel, hiergegen vor Allem muß also auch der Kampf gerichtet sein. Die deutsche Reichspartei erklärt, auch in Zukunft die Entwicklung unseres Staatswesens ebensoviel vor der Reaction, wie vor einem überstürzenden Radicalismus bewahren zu wollen. Wir fürchten, ihre Nachbarn von rechts werden ihr in der ersten Richtung recht viel zu schaffen machen. Die Männer der „Kreuzzeitung“ halten ihre Stunde für gekommen; sie nehmen keine Rücksicht mehr. Eins der angeblichsten und der konserватivsten Mitglieder der deutschen Reichspartei, der Präsident des Herrenhauses Herzog von Ratibor, wird in seinem Wahlkreise Breslau-Neumarkt von dem reactionären Troß einfach niedergekarrt und es hat ganz den Anschein, daß der Partei ähnliche Erfahrungen von Seiten der verbündeten Deutsch-Conservativen und Ultramontanen noch mehr bevorstehen.

[Die Conferenz zur Vorberathung eines Vertrages über internationales Eisenbahnrecht] war, wie wir bereits gemeldet haben, vom 13. Mai bis 4. Juni versammelt. Nachdem dieselbe die ihr übertragene Aufgabe in einer, wie es den Anschein hat, alle Theile befriedigend erfüllt hat, sei es gestattet, einen kurzen Rückblick auf das von derselben Erstreite und Erreichte zu werfen.

Die Conferenz war zusammenberufen von dem schweizerischen Bundesrat; an derselben haben teilgenommen 25 Delegirte folgender Staaten: Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Italien, Russland, Belgien, Niederlande, Schweiz und Luxemburg. Von deutscher Seite nahmen, wie S. B. gemeldet, als Delegirte: Geheimer Ober-Regierungsrath Dr. Meyer vom Reichs-Justizamt, die Geb. Regierungsräthe Dr. Gerlinger und Dr. von der Leyen vom Reichs-Eisenbahnamt, so wie der königlich bayerische General-Directionsrath und Fiscal Präs. Theil. Die Berathungen fanden unter Vorsitz des Präsidenten des schweizerischen Eisenbahndepartements, Bundesraths Dr. Heer, statt; als Vice-Präsidenten wurden erwählt der kaiserlich-deutsche Geb. Ober-Regierungsrath Dr. Meyer und der französische General-Inspektor der Eisenbahnen von Savigny. Als Schriftführer mit berathender Stimme fungierten die Advocaten Dr. Christ aus Bern und de Seigneur aus Genf.

Die Schweiz hatte den beispiellosen Regierungen den Entwurf eines Vertrages über internationales Eisenbahnrecht bereit vor längerer Zeit zugehen lassen. Dieser Entwurf bildete die Grundlage der Berathungen. Von den deutschen Commissarien war jedoch gleich bei Eröffnung der Conferenz ein von ihnen ausgearbeiteter selbstständiger Entwurf nebst einer begleitenden Denkschrift überreicht worden, und beschloß die Conferenz auf den Vorschlag ihres Präsidenten sofort, auch diesen Entwurf bei den Berathungen eingehend zu berücksichtigen. Es wurde die Berathung jedes einzelnen Artikels damit eingeleitet, daß beide Entwürfe in deutscher und französischer Sprache zur Verlesung kamen. Es war dies um so leichter üblich, als der Entwurf der deutschen Commissarien sich auch gegenüber dem Schweizerischen eng anschloß, nur wenige Artikel fallen ließ und an mehreren Punkten den Rahmen derselben weiter aussäumte. Einer der Hauptunterschiede der beiden Vorschläge bestand darin, daß der schweizerische Entwurf eine Reihe wichtiger Bestimmungen der Landesgesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen wollte, während der deutsche Entwurf die Verweisung auf die Einzelgesetzgebungen, als die Einheitlichkeit des internationalen Rechts beeinträchtigend, auf ein möglichst enges Gebiet zu beschränken suchte. Im Zusammenhang damit schlug der deutsche Entwurf die gleichzeitige Vereinbarung von Ausführungsbestimmungen vor, während der schweizerische Entwurf theils auf die Reglemente der einzelnen Bahnen, theils auf spätere gemeinsame Festsetzungen verwies. In dieser und den meisten anderen Beziehungen erklärte sich indessen die Schweiz sofort mit den deutschen Vorschlägen einverstanden, und auch von Seiten der Delegirten der übrigen Staaten stand die deutsche Arbeit, trotz mancher Meinungsverschiedenheiten im Einzelnen, doch im Allgemeinen die freundliche Aufnahme.

Es war dies — neben der durch die dankenswerthen Bestrebungen des Vereins deutscher Eisenbahnen schon jetzt bestehenden weiten Verbreitung der deutschen Rechtsgrundlage — sicher nicht zum wenigsten dem Umstand zu danken, daß im deutschen Entwurf das Beispiel der Schweiz befolgt war, indem derselbe den fremden Rechten von vornherein gewisse Concessions machte, statt sich einzig auf den alleinigen Standpunkt des nationalen Reichs zu stellen oder den Rahmen des Entwurfs in unannehmbarer Weise zu erweitern.

Nur so gelang es, einem großen Theil des letzteren, welcher bei unbefriedigender Prüfung als in sich zweckmäßig und vielsach mit den bestehenden fremden Rechten übereinstimmend anerkannt wurde, allgemeinen Eingang zu verschaffen.

Die Conferenz hat im Ganzen 16 Plenar-Sitzungen abgehalten, außerdem haben in großer Anzahl Sitzungen der vier Commissionen stattgefunden. Neben dem Vertrage und den Ausführungs-Bestimmungen wurden auf Anregung der deutschen Commissarien auch Festsetzungen über den alljährlichen Zusammentritt einer von den Vertragsregierungen zu bilden Commission zur Fortentwicklung des Geschaffenen vereinbart, in welchen auch vorgesehen ist, daß ein Ausschuß der Commission auf Wunsch der

Verteilten als Schiedsgericht in Rückgriffsstreitigkeiten unter den Bahnen fungiren kann.

Die Arbeiten der Conferenz tragen nur einen vorberathenden Charakter — die Entscheidung darüber, ob auf dieser Grundlage ein internationaler Vertrag abgeschlossen werden soll, steht den beispiellosen Staaten frei. Bei der endgültigen Uebereinstimmung, welche in den Vorberathungen im Ganzen wie im Einzelnen erzielt worden ist, wird man sich jedoch der Hoffnung hingeben dürfen, daß auf Grund des Geschaffenen demnächst zwischen den meisten europäischen Staaten ein Vertrag über ein gemeinsames Eisenbahnfrachtrecht zum Abschluß kommen wird. Es kann hierauf das Ergebnis der Berner Conferenz, welche der höchst anerkennenswerten Initiative der Schweiz zu danken ist, als ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege der Erleichterung des friedlichen Verkehrs der Völker begrüßt werden.

Frankreich.

Paris, 19. Juni. [Die Mission des Cardinal-Erzbischofs Guibert. — Zur nächsten Deputirtenwahl. — Aus dem Pariser Gemeinderath. — Die Revue. — Von der Ausstellung. — Die Leiche des Königs von Hannover.] Der Cardinal-Erzbischof Guibert, der sich etwa acht Tage in Rom aufgehalten hat, ist heute von dort nach Paris abgereist. Über den Zweck seiner Reise nach der heil. Stadt ist verschiedenes erzählt worden. So hieß es, der Cardinal sei vom Elysée beauftragt worden, über die Abänderung einiger Bestimmungen des Concordats mit dem Vatican zu unterhandeln. In den hiesigen Regierungskreisen stellt man entschieden in Abrede, daß Herr Guibert überhaupt eine offizielle Mission habe. Die Nachrichten über das Bestinden des Papstes lauten fortwährend ungünstig. — In den 22 Bezirken, welche am 7. Juli einen neuen Deputirten zu wählen haben, beginnt die Situation sich schon zu kennzeichnen. Die Republikaner legen überall eine große Zuversicht an den Tag, unter ihren Gegnern scheint im Gegenteil großer Verwirrung zu herrschen. Die Reactionären suchen nach einem Stichwort, einem gemeinsamen Feldgescheh, aber sie haben noch nichts Passendes gefunden. Die hiesige royalistische Union hat sich doch einigermaßen geschämt, daß von ihren Freunden in Bordeaux mit den Bonapartisten eingegangene Bündnis zu Gunsten Fer. David's gut zu heißen und sie ermahnt die Legitimisten der Gironde, an ihrem Prinzip, an der weißen Fahne festzuhalten. Von den invalidirten Deputirten, welche sich am 7. Juli einer Neuwahl unterziehen sollten, haben schon zwei, nämlich Graf Ayguedois in Toulouse und Vitalis in Lodre (Hérault) die Partie als hoffnunglos aufgegeben. — Der Pariser Gemeinderath hat gestern seine Beiratung, in die Festcomité's für die Feier des 30. Juni einzutreten, zum Theil wieder gut gemacht, indem er 60,000 Franken für das Fest auswarf. Dabei kam es aber doch wieder zu einer heftigen Scene zwischen dem Gemeinderath und dem Präfekten F. Duval, da ersterer verlangte, daß man bei der Illumination an allen öffentlichen Gebäuden einflammendes R. F. (République Française) anbringe. Der Präfekt und seine Architekten erklärten, daß zur Anbringung dieser Beiratung die Zeit nicht ausreiche. Darauf gab es leidenschaftliche Worte zu beiden Seiten. Der Präfekt rief aus, der Gemeinderath werde durch seine radicale Gesinnung die Republik zu Grunde richten, und der Gemeinderathspräsident Herisson erklärte, er und seine Freunde seien bessere Republikaner als Herr Duval. — Das Wetter ist so schlecht geworden, daß man eine Verschiebung der für morgen angesetzten Revue auf Sonntag oder einen anderen Tag für wahrscheinlich hält. Die Wege im Bois de Boulogne sind allerdings in einem Zustand, der sie für ein Parcoursd'ameur wenig geeignet macht. Der Besuch der Ausstellung hat gestern und heute auch stark unter dem Regen gelitten. In dem Palast des Marsfeldes geht es noch ziemlich lebendig her, aber der Crocadero ist ganz verlassen, mit Ausnahme des Festsaales, wo heute das Orchester der Scala vom Mailand sein erstes Concert gab. — Die Familie Georg V. will die von der deutschen Regierung für die Beisetzung der Leiche in Hannover gestellten Bedingungen nicht annehmen. Die deutsche Regierung nahm die Regelung der Leichenseiter als ihr Recht in Anspruch. Die Leiche wird nächsten Sonntag nach Windsor gebracht werden.

Paris, 20. Juni. [Die Minister. — Mac Mahon. — Die Revue. — Fremdenverkehr bei der Ausstellung. — Zola und Cherbuz.] Die Minister beginnen nun auch sich der Ferien zu erfreuen. Sie werden sich der Reihe nach, jedoch nur auf kurze Zeit, von Paris verabschieden. Der Minister des Innern, de Marce, hat den Anfang gemacht. Er ist nach Messia im Orne-Departement abgereist, wo er bis zur nächsten Woche verweilen wird. — Mac Mahon hat den Ministern angekündigt, daß er Anfang des nächsten Monats auf kurze Zeit nach dem Vorel zu gehen beabsichtigt. Einwohner fesseln seine Pflichten als Staatsoberhaupt den Marschall noch an Paris, aber nach dem großen Ausstellungsfeste vom 30. Juni wird auch er sich einige Erholung vergönnen können. — Die Revue findet heute statt, obgleich das Wetter sich beständig ungünstig anfühlt. Es war zu spät, den aus den ferner liegenden Garnisonen, d. B. aus Meaux herbeikommenden Truppen noch Contreordre zu erheben. Um 2 Uhr werden also die Truppen der sog. Pariser Armee auf dem Rennplatz von Longchamp aufgestellt sein und 2½ Uhr wird der Marschall, von den Kanonen des Mont Valérien angeklungen und von den Generälen, deren Truppen nicht an der Revue Theil nehmen, von den fremden Offizieren und Militär-Attachés begleitet, vor der Front erscheinen. Die Journale geben das ausführliche Programm der Revue. Der „Figaro“ erwies sogar den Fremden die Aufmerksamkeit, dasselbe in den 6 Hauptsprachen Europas zu geben. Die Truppen sind in folgender Ordnung aufgestellt: Die Infanterie ist in 3 Linien rangiert, welche zusammen 57 Bataillone ausmachen, im Ganzen 27,000 Mann. Die Artillerie besteht aus 18 Batterien, die in paralleler Linie mit den Infanteriereihen und hinter deren Rücken aufgestellt sind, zusammen 108 Kanonen. Die Cavallerie steht in geschlossenen Colonnen zur Linken der

dass er zu den originellsten unter den jüngsten französischen Schriftstellern gehört. Sein letztes Buch: „Une page d'amour“ hat abgesehen, dass Emile Zola nicht so ultrarealistisch ist und dass er sich nicht so ausschließlich in der Schilderung des Widerwärtigen gefällt, wie viele glauben möchten. Was Victor Cherbuliez, den Verfasser des „Grauen Kostia“, angeht, so wird sicherlich alle Welt die Auszeichnung, die ihm zugeschrieben ist, billigen. Cherbuliez ist heute der französische Schriftsteller, der am lebhaftesten an George Sand erinnert. Sein jüngster Roman: „Samuel Brohl & Cie.“ wird nächstens auf die Bühne gebracht werden, und der Roman ist so spannend, dass es uns wundern sollte, wenn das Theaterstück nicht Erfolg hätte.

B e l g i e n .

Brüssel, 17. Juni. [Wahlfeier.] Die erste liberale Siegesfeier — es sind noch zwei weitere, und zwar in Gent und Brüssel anberaumt — fand gestern in Antwerpen statt. Tausende von Freiwilligen aus allen Gauen des Landes, schreibt man der „N.-Ztg.“, hielten mit Fahnen und unter dem Klange der Musik ihren Einzug in die Scheldestadt, um der liberalen Wählerschaft reiche Blumenspenden und den Ausdruck ihrer Erkennbarkeit darzubringen. Der Harmoniesaal, welcher für die Feier in Aussicht genommen war, kann nur etwa 4000 Personen fassen; doch hatten dort 7000 bis 8000 Zuhörer, und darunter eine große Anzahl Damen, Kopf an Kopf gedrängt, Platz genommen. Der Enthusiasmus war ein ungeheuerlicher. Namentlich äußerte sich derselbe jedesmal bei dem Auftreten eines der Führer der liberalen Partei oder eines der neuen, aus dem letzten Wahlkampf siegreich hervorgegangenen Mitglieder des Parlaments, oder beim Er scheinen des Banners der Wähler irgend eines Bezirks, wo der Clericalismus besiegt worden ist. So wurde namentlich das schwarz-weiße Banner mit der Aufschrift „Gent 571 Stimmen Majorität“ mit fast endlosem Jubel begrüßt. Die Erhöhung, auf welcher sich hinter dem Vorstande der Versammlung die Fahnen- und Blumenträger der verschiedenen Ortschaften aufstellten, die Damen, für welche die Galerien des Saales ausschließlich reserviert waren, und das Orchester, mit welchem die ganze Versammlung jedesmal einstimmte, wenn dasselbe die Nationalhymne oder das Geusenlied intonirte, vervollständigten das Ganze in einer sehr erhebenden Weise. Zehn Redner brachten nacheinander der Wählerschaft Antwerpens ihre Huldigung dar, nachdem die Versammlung im Namen der Scheldestadt von Herrn Pecher, Vorsitzenden des dortigen freisinnigen Wahlvereins, begrüßt worden war. Der Bürgermeister de Wael, welcher bei dem Wahlkampf zum Volksvertreter ernannt wurde, hielt die Schlussrede. Selbstverständlich müssen wir darauf verzichten, die gehaltenen Reden, selbst in gedrängtem Auszuge wiederzugeben, doch ist aus denselben der erfreuliche Schluss zu ziehen, dass alle Schattirungen der liberalen Partei Belgien, selbst diejenige, welche man bis jetzt als die „doctrinaire“ zu bezeichnen pflegte, oder die Männer, welche als künftige Minister betrachtet werden, in dem zu erreichen den Zielen einig sind: Einräumung der Neuergriffe des Clerus, Vervollständigung der Gesetzgebung gegen die Wahlumtriebe, Einschränkung des Einflusses der Geistlichkeit auf den öffentlichen Unterricht u. s. w. Abends waren zahlreiche Privatwohnungen, welche während des Tages Fahnen mit den Landesfarben gezeigt hatten, festlich beleuchtet. Inzwischen steht eine weitere Verstärkung der liberalen Kammermajorität in Aussicht. Die Clericalen haben nämlich beschlossen, sich bei der auf morgen anberaumten engeren Wahl nicht zu beteiligen, angeblich weil bei dem ersten Scrutinium Unregelmäßigkeiten stattgefunden haben sollen.

Provinzial - Zeitung.

* **Breslau, 22. Juni. [Meteor.]** Am 19. d. Monats, Abends etwa 9 Uhr 25 Min., hat Einwohner eine meteorische Erscheinung beobachtet, die mit der aus Del's gemeldeten identisch sein dürfte. Beobachter stand am westlichen Ende des Gebäudes, in welchem das mineralogische Cabinet sich befindet, als das Meteor scheinbar hinter dem Dache des Matthias-Gymnasiums hervortrat, sich in vollständig horizontaler Bahn nach Norden bewegte und etwa in gleicher Linie mit der Sandkirche zerplaste. Die Erscheinung hatte eine gewisse Ähnlichkeit mit einem kleinen Kometen, nur war das Licht des nach Norden gerichteten Theiles ein viel intensiveres.

Der Ausschuss des liberalen Vereins der Stadt Köln hat, wie wir in Berliner Blättern lesen, als seinen Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl Herrn v. Forckenbeck aufgestellt.

[Notizen aus der Provinz.] * **Görlitz.** Die „Niederschles. Blg.“ schreibt unter dem 21. Juni: In der heutigen Stadtoberordneten-Versammlung teilte der Herr Vorsteher mit, dass nach einer ihm seitens des Hrn. Oberbürgermeisters gemachten Anzeige Sr. Majestät der König von Sachsen am Sonntag Nachmittag 2 Uhr hier eintreffen werde. Zum Empfange desselben begiebt sich der Magistrat in corpore auf den Bahnhof. Aus der Stadtoberordneten-Versammlung wird zu diesem Zwecke eine Deputation von 10 Mitgliedern ernannt, bestehend aus den Herren: Halberstadt, Chudzik, Harmuth, Herrmann, Lätsch, Lange, Mattheus, Schulz, Kaufmann Schuster und Dr. Schuster. — Auf dem Balkon am Ständehause, in welchem bekanntlich der König von Sachsen während seines bisherigen Aufenthalts Quartier nehmen wird, sind 4 große Thronboden aus der Augustinithalbzahrt in Lauban, jede im Gewicht von etwa 10 Centnern, aufgestellt worden, während das genannte Gebäude anlässlich des hohen Besuchs innen und außen einer Renovation unterzogen worden ist. Der zur Begrüßung Sr. Majestät hier eintreffende Oberpräsident unserer Provinz, Herr von Puttkamer, wird, wie wir hören, seine Wohnung gleichfalls im Ständehause nehmen.

* **Freiburg.** Der „Bote“ erzählt: In mehreren hiesigen großen industriellen Instituten sind in den Arbeitsräumen derselben Plakate aufgehängt worden, durch welche die Arbeiter ernannt werden, den gewissenlosen sozialistischen Agitatoren ferner nicht Folge zu leisten, vielmehr mitzuwirken an der Erhaltung der Ordnung, an der Wahrung des gesellschaftlichen Friedens, an der Förderung wahrer Bildung und Gesittung.

* **Schleiden.** Wegen Majestätsbeleidigung ist neuerdings ein hiesiger Einwohner zur Anzeige gebracht. — Bei dem Untergange des „Großen Kurfürst“ beflogen auch zwei hiesige Bürger, der Farber Schramm und der Arbeiter John, ihre Söhne.

* **Natibor.** Der „Oberschl. Anz.“ berichtet unter dem 21. Juni: Ein selten frecher Einbruch ist in dieser Nacht, kurz nach Mitternacht, im Kaufmann Schlesinger'schen Hause (in der alten Landschaft) verübt worden. Drei Einbrecher hielten angenehmenternachen den Hauptbau, in das Schlesinger'sche Comptoir einzubrechen. Dazu nahmen sie den Weg von der Fleischerstraße durch das Fenster der Comptoirstube der Weinhandlung des Herrn Tauber, indem sie durch Einbrüche einer Scheibe und Zurückziehen der Riegel die Fensterflügel öffneten. Darnach erbrachten die Diebe das Schufach des Schreibusches eines Buchhalters und nahmen daraus etwa 40 M. und einige österr. Gulden. Die in der Tagesstube befindlichen Briefmarken, sowie zwei an einem Kleiderhalter derselben Stube hängende Überzieher ließ man den Eigentümern. Sodann haben die Einbrecher das Schloss von der zu dem Hausschlüsse fahrenden Thür halb abgeschraubt und sich dadurch den Weg zu demselben freigemacht. Schrägläufig der erbrochenen Thür ist die sogenannte Portier-Lodge, in welcher der Haushälter des Herrn T. sein Nachtlager hat. Durch das Geräusch des Einbruches aus dem Schlafe geweckt, horchte derselbe auf, legte sich aber wieder nieder, in dem Glauben, dass an der Hausschlüsse gelüftet worden sei. Bald darauf, es mögliche ungefähr 12% Uhr sein, wird der Haushälter abermals durch Geräusch aufgeschreckt und sieht durch die Fenster drei Kerle, wovon der eine eine Blendlatte unter dem Rock trug. Barfuß, nur mit einer Hose bekleidet, und in der Voraussetzung, dass die Treppe frei ist, verlässt er sein Kämmerchen, um in die oberen Stockwerke, in die Wohnungen zu gelangen. Da wird er auf dem ersten Treppenabsatz von einem dort Postir am Halse gewürgt und zu Boden geworfen. Im nämlichen Augenblick hört Krautwurst — so ist des Haushälters Name — von einer Seite die Worte: „Schlagt den Kerl tot!“ von anderer: „Lasset ihn leben. Bindet ihn!“ Der Haushälter ist dann, wäh-

rend einer der Kerle auf ihm kniete, an Händen und Füßen mit einem Strickle gebunden worden, den die Verbrecher aus dem Hofe von einem dort befindlichen Kasten geholt hatten. Von dieser Zeit an ist Krautwurst in Folge der auf den Kopf erhaltenen Schläge bewusstlos geblieben; er weißt heute nur zu erinnern, dass einer der Einbrecher einen Vollbart trug und mit grauem Überzucker bekleidet war, ein anderer eine Laterne trug, und dass er Denigen, mit dem er gerungen, in den Finger gebissen habe. Drei bis vier frische Blutspuren wurden heute, wahrscheinlich davon herrührend, in dem Hausschlüsse wahrgenommen. — Die Verbrecher müssen jedenfalls bei ihrem ursprünglichen Vorhaben, bei dem Einbruch in das vis-à-vis der Löwen Weinhandlung auf demselben Flur gelegene Schlesinger'sche Comptoir gestört worden sein. Es fanden sich heute morgen nur an der Thür desselben zwei kolossale, aus dem Schuppen des Hauses entnommene Bäume, mit denen die Einbrecher wahrscheinlich dieselbe einrennen wollten. Der Haushälter Krautwurst wurde heute morgen gegen 3 Uhr von einem im Hinterhause wohnhaften jungen Kaufmann, welcher von dem Wimmern des Gepeinigten erwacht sein will, gebunden auf dem Hofe liegend und mit einem Knebel im Munde vorgefunden, aus seiner entsetzlichen Lage erlöst und zu Bett gebracht. Der Bedauernswertige ist schlimm zugerichtet, ihm ist aber sofort alle mögliche Pflege und ärztlicher Beistand zu thun geboten. Das Fenster, in welches die Verbrecher eingestiegen sind, ist „neunzehn“ Schritte von der Marktiefe entfernt und vielleicht die doppelte Anzahl von der Ecke der Braustraße. Es war um die Zeit des Einbruches fast mondhell, wovon sich Referent, der zu derselben Zeit noch nach war, überzeugt hat.

B Johannisbad, 19. Juni. [Sequestration. — Bade-Frequenz. — Wetter.] Abermals ist der eigentliche Badebesuch hier (der Steffansche) jetzt herrenlos geworden, seit dem 17. d. waltet nun da wieder ein gerüchtig eingeführter Sequester (Baron Karo); wie lange der unerträgliche Zustand andauern wird, lässt sich heute noch nicht berechnen. Auch unser Badebesuch hat zweifellos durch die sehr unfründliche Witterung der letzten Woche eine Verminderung erfahren, doch haben wir gegenüber den von 1877 immer noch ein kleines Plus und beträgt bis zum 17. d. die Frequenz 137 Kurpartien mit 253 Personen. — Das Wetter nimmt seit gestern eine Wendung zum Besseren, damit wird auch der Zusatz von Kurgästen wieder steigen. — Am 14. d. war bisher in diesem Jahre der schwere Gewittertag; es trafen vom Süden und Osten kommend in der 9. Abendstunde drei Gewitter biegegends zusammen; in unserem Thal haben sie glücklicherweise nichts verwüstet.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 21. Juni. [Börse.] Bei der Geschäftsfreizeit, die heute an der Börse herrschte, war es erklärlich, dass die Tendenz einen malten Charakter annahm und die gestrigen Notierungen sich nicht voll behaupten konnten. Man beurtheilt die politische Lage nicht mehr so glinstig wie bisher, doch verhält sich die Speculation, da irgend welche bestimmte Anhaltpunkte für eine solche Meinung noch fehlen, eben abwartend. Im Uebrigen drückt, wie wir dies schon gestern an dieser Stelle erwähnten, das große Hauss-Eengagement. Die bisherigen Depotsätze sind im Schwinden und haben sich zum Theil sogar schon in Report verändert. Geld stellt sich fortwährend knapp, der Discount am offenen Markt normirt sich für feinste Briefe auf 3% p.t., und für Ultimozwecke müssten 4% p.t. bis 5% p.t. gezahlt werden. Während in den anderen Werthen, die in Bezug auf die Ultimoregulierung Interesse verdienen, der desfällige Verkehr noch zu gering blieb, um bestimmte Sätze normiren zu können, bedangen 0,15 p.t. Dey. Die internationales Speculationspapiere waren ziemlich still und bewegten sich innerhalb ganz unbedeutender Courschwankungen. Franzosen, deren letzte Wocheneinnahme durchaus nicht befriedigte, waren matter. Destr. Creditactien oben ebenfalls nur wenig Beachtung und Lombarden blieben ganz vernaglasiert. Destr. Nebenbahnen unbekannt, aber ziemlich fest. In den localen Speculationseffecten überschritten die Umsätze die engsten Grenzen nicht. Es notirten: Disconto-Commandit ult. 123 1/2 — 1/2 — 1/2, Laurahütte ult. 73,40 bis 60—25. Auch in den ausländischen Staatsanleihen waren die Umsätze sehr begrenzt und die Notierungen stellten sich etwas niedriger. Russische Werthe gebrückt. 5%o russische Auktion per ultimo 81 — 80%. Russische Noten sehr matt, per ultimo 206 — 205 1/2. Wechsel auf Petersburg weichend. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Eisenbahnprioritäten wenig fest. Auf dem Eisenbahnauctionsmarkt veranlaßten Realisationsverkäufe weitere Coursrückgänge. Die rheinisch-welfischen Speculationsdevisen angeboten und niedriger. Potsdamer behauptet. Halberstädter durch einen unlimitirten Auftrag gedrückt, später aber über Cours begehr. Rumänen fest. Leichte Bahnen im Allgemeinen fest. Lamiens-Länder sehr lebhaft. Mostrichter in einem Bereich sehr still und wenig fest. Deutsche Bank kam zwar etwas niedriger zur Notiz, blieb aber nach Cours lebhaft begehr. Meiningen gingen sehr reg. um. Geraer Bank besser. Spielhagen zog etwas an. Leipziger Credit, Petersburg internat. Darmstädter B. Centralb. für Bauten und Brüder B. weidend. Industriepapiere haben nur einen sehr geringen Verkehr aufzuweisen. Passage sehr lebhaft und steigend. Ahrens Brauerei besser. Norddeutsche Eiswerke erhöhten die Notiz. Zoologische Gartenvorioritäten besser. Große Veredelbahn war billiger erhältlich. Linke Waggonbahn beliebt. Oberschlesischer Eisenbahnbetrag höher. Eggels Maschinen und ebenso Edert landwirthschaftliche Maschinen steigend. Leopoldshall niedriger. Mechanischer anziehend. Gelsenkirchen und Dortmund mater. König Wilhelm schwach.

Um 2 1/2 Uhr: Gleichmäßig fest. Credit 407,50, Lombarden 131,50, Franzosen 443, Reichsb. 153,60, Disc.-Comm. 154,25, Laurahütte 73,50, Türken 14,25, Italiener 74,75, Destr. Goldrente 63,40, do. Silberrente 56, do. Papierrente 54,60, 5 proc. Russen 81, alte 81,25, Köln-Mindener 104,90, Rheinische 108, Bergische 73,75, Rumänen 32,75, Russische Noten 205,50.

Coupons. (Course nur für Posten.) Amerik. Bonds-Coupl. 4,165 bez. do. Papier-Coupl. 4,12 bez. Destr. Silberrent-Coupl. 175 bez. do. Eisenb.-Coupl. 174,75 bez. (sämtlich per Juli), do. Papierrente-Coupl. 170,60 bez. Russ. Coupl. 204,05 bez. Russ.-Engl. Anl.-Coupl. 20,50 — 20,51 bez. Franz.-Coupl. 80,90 — 80,75 bez. Diverse engl. 20,17 bez. Rumäniische Coupons —.

[Normen für die Construction und Ausrüstung der Eisenbahnen Deutschlands.] Auf Grund des Artikels 42 der Reichsverfassung hat der Bundesrat nachstehende Normen für die Construction und Ausrüstung der Eisenbahnen Deutschlands beschlossen. Wir bemerken, dass wir nur die wichtigsten dieser Normen wiedergeben, auf absolute Vollständigkeit aber verzichten müssen. Diese Normen lauten: I. Construction der Eisenbahnen. § 1. Bauproject. Bei der Anlage von Eisenbahnen, welche voraussichtlich späterhin mit einem zweiten Gleise zu versehen sind, ist im Bauproject auf Wahrung der Möglichkeit hierzu in angemessener Weise Bedacht zu nehmen. § 2. Bauweise. Die Ausführung hölzerner, zum Tragen von Eisenbahngleisen bestimmter Brücken ist mit Genehmigung der Landes-Aufsichtsbehörde nur ausnahmsweise gestattet. Bei Brücken aus Eisen oder Stahl sind die tragenden Theile der Unterbaustellung aus gewalztem oder geschmiedetem Material herzustellen. § 3. Breite des Bahnörpers. Die Breite des Bahnörpers in der freien Bahnstrecke, in Einschnitten und auf Dämmen, ist so zu bemessen, dass der Schnittpunkt einer durch die Unterkante der Schienen des nächstliegenden Gleises gelegten geraden Linie und der verlängerten Höhungsneigung mindestens 2 m von der Mitte des Gleises entfernt liegt. § 4. Trockenlegung des Planums. Die Bahnkrone in Höhe der Schienen-Unterkante muss, außer bei eingedeckten Strecken, mindestens 0,600 m über dem höchsten Wasserstande liegen. Die Bettung soll unter den Schieneneinlagen mindestens 0,200 m stark und gehörig entwässert sein. § 5. Gefälle. Das Längengefälle einer Bahnlinie soll nicht stärker sein als 1 : 40. Zur Anwendung einer stärkeren Neigung als 1 : 80 ist die Genehmigung des Reichs-Eisenbahn-Amtes erforderlich. § 6. Entfernung der Gleise. Die Doppelgleise auf der freien Bahnstrecke sollen von Mitte zu Mitte nicht weniger als 3,500 m von einander entfernt sein. Tritt zu einem Gleispaare noch ein Gleise hinzu, so ist dessen Entfernung von dem zunächst liegenden Gleise von Mitte zu Mitte zu mindestens 4 m anzunehmen. Werden mehrere Gleispaare neben einander gelegt, so muss die Entfernung von Mitte zu Mitte der benachbarten Gleise je zweier Gleispaare ebenfalls mindestens 4 m betragen. Die Gleise auf Bahndämmen sollen nicht weniger als 4,500 m von Mitte zu Mitte von einander entfernt liegen und diejenigen, zwischen denen Perrons angelegen sind, eine Entfernung von mindestens 6 m von Mitte zu Mitte haben. Bei Haltestellen, d. h. Stationen mit beschränktem Betriebsdienst, kann mit Genehmigung der Landesaufsichtsbehörde von diesen Bestimmungen abgewichen werden. § 10. Form, Beschaffenheit und Befestigung der Schienen. Die Schienen haben aus gewalztem Eisen oder Stahl zu bestehen. § 11. Tragfähigkeit der Schienen. Die Schienen, welche von Lokomotiven befahren werden, müssen so stark konstruiert und unterlagert sein, dass jede Stelle der einzelnen Schiene mindestens 7000 Kgr. (140 Kilometer) ruhende oder bewegte Last mit Sicherheit tragen kann. § 12. Entfernung der Bahnhöfe von einander

und Länge derselben. Die Bahnhöfe sollen, abgesehen von Rangierköpfen und Abzweiggleisen, in keiner stärkeren Neigung als 1 : 40 liegen und mit Ausweichegleisen für das Kreuzen und Ueberholen der ausstiegsseitigen Strecken beschreibenden Güterzüge versehen sein. Die Ausweichegleise dürfen in die stärkere Neigung der Bahn eingreifen. Auf Erfordern des Reichs-Eisenbahn-Amtes sind telegraphische Meldestationen und an eingleisigen Bahnen zugleich Ausweichstellen anzulegen, welche leichter die größten auf der Anschlussstrecke zulässigen Züge, bis zu 120 Achsen, aufnehmen können. In geringerer Entfernung als 8 km kann die Errichtung der Meldestationen und Ausweichstellen nicht gefordert werden. Soweit ausnahmsweise diese Ausweichegleise nicht mit den Bahnhöfen zusammenstehen, ist doch mindestens ihre jederzeitige schnelle Herstellung durch Doppelgleisigkeit des Planums und Kies- resp. Steinbettes an den betreffenden Stellen, sowie durch ausreichende zur Hand befindliche Vorarbeiten an Oberbaumaterialien und Telegraphen-Apparaten sicher zu stellen. § 13. Gemeinschaftliche Bahnhofsanlage. Führen mehrere Eisenbahnen in einen und denselben Bahnhof, so sind sie derart mit einander in Verbindung zu bringen, dass der Uebergang von Zügen in der für die betreffenden Bahnen zulässigen Maximalkurve rasch und leicht von Bahn zu Bahn erfolgen kann. Benachbarte Bahnhöfe sind nach Bedürfniss in gleicher Weise mit einander in Verbindung zu setzen. § 15. Drehscheiben. Auf allen Locomotiv-Betriebs- und Reiseverlastationen muss, sofern nicht ausstehlich Tendermaschinen zur Verwendung kommen, mindestens eine Drehscheibe, deren Durchmesser nicht unter 12 m beträgt, vorhanden sein. Die Hauptträger derselben sollen aus Schmiedeeisen oder Stahl hergestellt sein. § 16. Perrons. Die Höhe der Perrons für den Personenverkehr darf ohne Genehmigung des Reichs-Eisenbahn-Amtes nicht mehr als 0,380 m über Schienenoberkante betragen. Alle auf den Perrons fahrlässig Gegenstände, als Säulen u. s. w. müssen bis zu einer Höhe von 2,500 m über Perron mindestens 3 m im Lichten von der Mitte des Gleises entfernt sein, für welches der Perron benutzt wird. § 17. Abritte und Bistroits. Auf den Bahnhöfen in der Nähe der Perrons sind weit hin sichtbare Abritte und Bistroits anzubringen. § 18. Rampen. Auf Bahnhöfen, wo die Ver- oder Entladung von Fahrzeugen oder Vieh in größerer Zahl zu erwarten steht, sind feste oder transportable Rampen, deren Höhe über Schienenoberkante nicht über 1,120 m beträgt, herzustellen oder zur schleunigen Benutzung bereit zu halten. Die Rampen sollen zur Entladung oder Beladung vor Kopf und nach der Seite benutzbar sein. Die Ladegleise müssen bei der Ladeweise von der Seite entweder die Vorbeiführung aller Fahrzeuge ohne Rückbewegung auf diesen Gleisen oder aber die successive Vorführung von je 20 Fahrzeugen vor entretender Rückbewegung gestatten. Ist auf den gebrochenen Bahnhöfen die Anlage eines durchlaufenden Rampegeleis oder eines solchen für 20 Wagen nicht durch den gewöhnlichen Verkehr geboten, so genügt es, wenn die Situierung der Ladewanne in der Art erfolgt, dass das Rampegeleis für die Vorführung von mindestens 20 Wagen anstandslos verlängert werden kann. § 19. Güterschuppen. Die Höhe des Fußbodens der Güterschuppen und Ladebühnen an von Zügen zu befahrenden Gleisen soll 1,120 m über Schienenoberkante nicht übersteigen. § 20. Lademasch. Auf den größeren Güterschuppen ist eine Vorrichtung anzubringen, mittelst welcher die Ladungen auf offenen Güterwagen bezüglich der größten zulässigen Ausladungen kontrolliert werden können. § 21. Wasserstationen. Die für eine Bahn innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach den jeweiligen Betriebsbedürfnissen erforderliche Wassermenge kann von der Aussichts-Behörde festgesetzt werden. Die Wasserstationen sind angemessen zu verteilen. Jeder Wasserkran muss in der Minute mindestens einen Kubikmeter Wasser liefern können. § 22. Werkstätten. Von jeder Eisenbahnverwaltung ist Sorge zu tragen, dass Reparaturen an den Betriebsmitteln sicher und schnell ausgeführt werden können. II. Ausrustung der Eisenbahnen. § 23. Höhen- und Breitemasse der Locomotiven und Wagen. Alle festen Theile der Locomotiven und Wagen, Tender, Personen-, Post-, Gepäck- und Güterwagen, überhaupt der die Bahn passierenden Betriebsmittel dürfen höchstens die Grenzen des nächstliegenden Betriebsbereichs überschreiten. Jeder Wasserkran muss in der Minute mindestens einen Kubikmeter Wasser liefern können. § 24. Wassertrassen. Von jeder Eisenbahnverwaltung ist Sorge zu tragen, dass Reparaturen an den Betriebsmitteln sicher und schnell ausgeführt werden können. II. Ausrustung der Eisenbahnen. § 23. Höhen- und Breitemasse der Locomotiven und Wagen. Alle festen Theile der Locomotiven und Wagen, Tender, Personen-, Post-, Gepäck- und Güterwagen, überhaupt der die Bahn passierenden Betriebsmittel dürfen höchstens die Grenzen des nächstliegenden Betriebsbereichs überschreiten. Jeder Wasserkran muss in der Minute mindestens einen Kubikmeter Wasser liefern können. § 25. Wassertrassen. Von jeder Eisenbahnverwaltung ist Sorge zu tragen, dass Reparaturen an den Betriebsmitteln sicher und schnell ausgeführt werden können. II. Ausrustung der Eisenbahnen. § 23. Höhen- und Breitemasse der Locomotiven und Wagen. Alle festen Theile der Locomotiven und Wagen, Tender, Personen-, Post-, Gepäck- und Güterwagen, überhaupt der die Bahn passierenden Betriebsmittel dürfen höchstens die Grenzen des nächstliegenden Betriebsbereichs überschreiten. Jeder Wasserkran muss in der Minute mindestens einen Kubikmeter Wasser liefern können. § 26. Wassertrassen. Von jeder Eisenbahnverwaltung ist Sorge zu tragen, dass Reparaturen an den Betriebsmitteln sicher und schnell ausgeführt werden können. II. Ausrustung der Eisenbahnen. § 23. Höhen- und Breitemasse der Locomotiven und Wagen. Alle

